

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

Inserate pro Spaltenzeile
oder deren Raum 20 Pfg.
Kleinanzeigen 50 Pfg.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. L. e. m. b.
Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13.
Redaktionschluss: 10 Uhr vormittags.
Postfachkonto Nr. 7639 Frankfurt/Main.



Stadt Braubach

Druck und Verlag der Buchdruckerei von
A. L. e. m. b. in Braubach.

Gratisbeilagen
Jährlich zweimal Fahrplan und einmal
Kalender.

Bezugspreis

monatlich 80 Pfennig,

durch die Post bezogen viertel-
jährlich 2,40 Mark,

von denselben frei ins Haus
geliefert 2,82 M.

Nr. 263

Braubach a. Rhein, Samstag, den 9. November 1918

28. Jahrgang.

Die Pulverfische.

Sie waren zwar nur mit Druckpapier angefüllt, die Fische, die der Kurier des Herrn Joffe von Moskau nach Berlin mitbrachte, aber ihre vorzeitige Öffnung auf dem Bahnhof Friedrichstraße, die wir einem glücklichen Zufall verdanken, hat doch gewirkt wie die Explosion einer Salpeterminen: ungesäumt ist Herr Joffe, der diplomatische Vertreter der Sowjetrepublik beim deutschen Reich, mit samt seiner ganzen Gefandtschaft in die Luft geflogen — natürlich natürlich nur, indem die unentwegt höfliche und wohlgeleitete deutsche Regierung ihn freundlichst erludt hat, sich zunächst einmal in seine Heimat zurückzugeben. Die unvermeidliche Nachfrage wurde mit einer in der jetzigen Zeit ganz ungewöhnlichen Schnelligkeit erledigt, auch der Sonderzug, auf den ein so hervorragender Mann zweifellos Anspruch erheben darf, ist binnen 24 Stunden zur Verfügung gestellt worden — was, das Scheiden von Berlin ist ebenso rasch wie einherlos vor sich gegangen, und die statlichen Räume der russischen Botschaft unter den Linden liegen wieder verlassen da, die rote Fahne, die ein halbes Jahr wohl über dem vornehmen Gebäude geweht, verschwindet, und ein Herz des Volkswillens, ein Mittel- und Sammelplatz dreifester revolutionärer Propaganda in Deutschland wird ausgeräumt, nachdem von ihm ganz unübersehbarer Schaden ausgegangen ist. Auch wir leben unsere Vertreter in Russland, soweit solche dort noch vorhanden sind, bis auf weiteres zurück, solange nämlich, bis die Moskauer Regierung Bürgschaften dafür gegeben hat, dass in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben werde, und dass der noch immer angeführte Werd an dem Gesandten Grafen Wirtach ausstehende Sühne findet. Bis dahin wird man sich ohne sogenannte „Beziehungen“ zu einem Staatswesen behelfen müssen, das offenbar selbst gar keinen Wert darauf legt, in der Reihe der zivilisierten Nationen zu marschieren.

Es galt, eine alte und von Monat zu Monat mehr angeschwollene Rechnung mit der Sowjetrepublik zu begleichen. Wir haben mit ihr Frieden geschlossen, weil sie den irdischen Willen zu haben schien, den Krieg zu beenden und dem entsetzlich gefolterten russischen Volke Ruhe zu verschaffen; und gegen ihren revolutionären Beglückungsbeifer suchten wir dadurch Vorzüge zu treffen, dass wir ihr im Dreier Vertrage bestimmte Verpflichtungen auferlegten, die unter Heer und unsere Grenzen vor bolschewistischer Bearbeitung in Wort und Schrift sichern sollten, wenigstens soweit sie in amtlicher Aufmachung ausstrat und mit amtlichen Mitteln versehen werden sollte. Raum hatten aber Lenin und seine Leute sich einigermassen fest in den Sattel gesetzt, als sie gerade gegen Deutschland ihre gefährlichsten Papierkassen zu schleudern begannen. Wie hilflos sie dabei verfahren, zeigt eine Mitteilung aus Emosent in der offiziellen Zeitung der Moskauer Regierung, wonach ein vom Kriegsrevolutionsrat der deutschen Marine herausgegebenes Blatt, betitelt „Der rote Soldat“, in seiner ersten Nummer nunmehr vorliegt. Darin wurden die Soldaten zur sozialen Revolution und zur Bildung einer kommunistischen Partei an Stelle der überlebten Sozialdemokratie aufgefordert — während in Wahrheit diese Zeitung in Russland von amtlicher bolschewistischer Seite als Propagandaaorgan gebraucht und über die Grenze geschmuggelt wurde.

Bei der Marine besteht weder eine solche Zeitung noch ein Kriegsrevolutionsrat; ihr gesunder Geist wird sich gegen dieses agitatorische, innerlich durchaus unwahre Treiben verblender Fanatiker, sicherlich mit Erfolg zur Wehr setzen. Mit Recht wird aber dieser neue Fall amtlicher bolschewistischer Propaganda im Interesse der Aufklärung unserer Bevölkerung von der deutschen Regierung festgenommen und als besonders dreist öffentlich gebrandmarkt. Unzweifelhaft ist er nur einer von vielen. Und das Herr Joffe den Moskauer Instanzen als Dekretadresse für ihre dunklen Machenschaften diente, das war in eingeweihten Kreisen längst bekannt; ein glücklicher Zufall erst hat auch unserer Regierung die unumstößlichen Beweise dafür in die Hand spielen müssen, wie dieser russische Staatsmann seine bevorzugte Stellung missbrauchte — oder doch zum mindesten missbrauchen ließ. Wenn sie argwöhnischer wäre, so hätte sie schon längst aus gewissen Anzeichen auf den wahren Stand der Dinge geschlossen. So daraus, dass Herr Joffe gerade die Führer der Spartakusgruppe, insbesondere den Landtagsabgeordneten Dr. Wehring, zu seinem bevorzugten Umgang zählte, dass er diese Radikalführer immer wieder, wenn sie vor der Öffentlichkeit irgendein Spektakelstück aufzuführen beabsichtigten, vor die russische Botschaft zog, und dass Herr Liebknecht offensichtlich zu ihr seine „Beziehungen“ unterhielt, über deren Charakter nicht der mindeste Zweifel obwalten konnte. Die zunehmende Überwältigung Deutschlands mit blutrünstigen Flugblättern, die ja auch allmählich ihre Wirkung zu üben begannen, musste gleichfalls den Verdacht der Untersuchungsbehörden nach ganz bestimmten Richtungen hin lenken — indessen es blieb, wie gesagt, einem Zufall vorbehalten, diesen ganzen mit Händen zu greifenden Skandal für die Regierung spruchreif zu machen. Nun hat sie mit festem Griff zugepackt — und das deutsche Volk kann sagen, dass es um eine traurige Erfahrung reicher geworden ist.

Unsere „Unabhängigen“ und ihre noch mehr klinkenden Genossen werden ein gewaltiges Barmen erleben; wir kennen das ja schon zur Genüge. Aber das deutsche Volk und seine neue Regierung wird sich diesmal hoffentlich nicht wieder ins Bodorn jagen lassen. Dazu ist unsere Lage zu ernst, nach außen sowohl wie im Innern.

Welt und Wissen.

— Ein Japaner über japanische Kultur. Aufsteigen oder Niedergang Japans heißt ein Aufsatz des japanischen Schriftstellers Kanahara in Osaka. Man liest da: Die Japaner sind Tierquäler, sie misshandeln auch ihre Frauen. In keinem Bande der Welt wird die Frau so zur Arbeit herangezogen wie in Japan, aber das verdient Geld kommt nicht der Frau zugute. Seide, Tee und Baumwollgarn sind die hauptsächlichsten Ausfuhrwaren Japans. Alle drei werden ausschließlich durch Frauenarbeit hergestellt. In diesen drei Industrien geben alljährlich ungeheure Mengen von japanischen Frauen zugrunde. Alljährlich müssen 200 000 neue Arbeiterinnen eingestellt werden, um die an Schwindsucht gestorbenen zu ersetzen. Vom Wert der Menschenleben, von Gesundheitslehre und -fürsorge hat der Japaner überhaupt einen sehr niedrigen Begriff. Die Sterblichkeit der Frauen und Kinder hat in den letzten Jahren ständig zugenommen, natürlich, denn die Industrie und Ausfuhr liegen in ihrer alle Begriffe. Augenommen haben auch die Selbstmorde der Frauen. Sie erhängen, ertränken, vergiften sich, werfen sich vor die Eisenbahnzüge, weil sie die Misshandlung ihrer Ehemänner nicht mehr ertragen können.

— Sichtbarkeit des Kanonendonners. Der Münchener Professor Schmaus weist darauf hin, dass man gelegentlich, bei Vorhandensein einer geeigneten Bewölkung, die Schallwellen des Kanonendonners als eine über die Wolken hinausgehende Kugelmole leben kann. Erklären lässt sich die Erscheinung folgendermaßen: Die vom Abzug ausgehende Verdichtungsstelle bringt eine feine, nur wenig über den Kondensationspunkt hinausgeschrittene Nebelmole durch die eben noch ausreichende Kompressionswärme zur Auflösung. Man sieht dann einen dunklen Ring in der Bewölkung sich ausbreiten, der sich mit der Geschwindigkeit des Schalles, d. h. 333 Meter in der Sekunde, fortbewegt.

Volls- und Kriegswirtschaft.

* Neugeplante Schuh- und Ledermesse in Leipzig. Im Herbst 1918 wurde im Anschluss an die damalige Leipziger Mustermesse eine Schuh- und Ledermesse veranstaltet. Sie umfasste außer Leder und fertigen Schuhwaren noch Schuh- und Ledermaschinen, Apparate, Werkzeuge, und Leisten, Gamaschen und Sportartikel, sowie Bedarf aller Art für das Schuh- und Ledergerber. Ihrer Wiederholung im Jahre 1919 stellte sich der Ausbruch des Krieges entgegen. Der Verein Deutscher Schuh- und Lederhersteller, der schon die erste Messe veranstaltet hatte, hat sich nun mit dem Reichsamt dahin verständigt, dass die Schuh- und Ledermesse vom Frühjahr 1919 ab wiederhergestellt wird.

* Kommunales Jugendamt. Der Magistrat der Stadt Wilmersdorf hat beschlossen, die Einrichtungen für die Jugendfürsorge zur vollen Erfüllung und Ausnutzung ihrer Kräfte und Ziele durch Errichtung eines Jugendamtes einen umfassenden festen Zusammenschluss zu geben. Die Geschäfte des Jugendamtes sollen durch eine Deputation verwaltet werden, die aus zwei Magistratsmitgliedern, neun Stadtverordneten und vier Bürgerdeputierten besteht. Der Deputation sollen ferner zwei Frauen mit beratender Stimme beigeordnet werden.

* Schwerfeld der Industrie. Nach sorgfältiger Schätzung hat sich herausgestellt, dass in ganz Deutschland mit etwa 100 000 entlassenen Schwerbeschädigten zu rechnen ist und dass sich unter diesen etwa 45 000 Industriearbeiter befinden. Da nun in Deutschland insgesamt zum mindesten 8 Millionen männliche und weibliche Industriearbeiter vorhanden sind, so ergibt sich, dass im Durchschnitt auf 180 gesunde Arbeitskräfte ein schwerbeschädigter Industriearbeiter entfällt.

* Verpöter eintreffende Feldpostbriefe. Als Erklärung für die verlangsamte Beförderung der Feldpostbriefsendungen von der Front nach der Heimat wird von amtlicher Seite mitgeteilt: Eine Verlangsamung dieser Sendungen habe darin ihren Grund, dass die Truppen vielfach bei den gegenwärtigen großen Kämpfen ihre Post nicht zum Zug bei den Feldpostanstalten ausliefern können, und dass auch die eingetretenen Zugbeschränkungen und die dadurch veranlassenen Beförderungsschwierigkeiten auf der Eisenbahn die Übermittlung der Feldpostbriefsendungen verzögern.

Ein Wunder. Das fast unwahrscheinliche, wenigstens scheinbar in unendlicher Ferne Liegende ist in diesen Tagen, so schreibt die Ripp. Vds. Sig., in Detmold in die greifbare Erscheinung getreten: rober und gebrannter Bohnentaffee in der Auslage eines Colonialwarengeschäfts! Man kenne: Dieses so stark nachgefragte Produkt ist auf einmal wieder da, trotzdem jahrelang scheinbar keine Bohne aufzutreiben war. In den letzten Tagen sind auch wieder billigere Zigaretten in den einzelnen Geschäften zu haben. Während bis vor einigen Tagen 20 und 25 Pf. für die Zigarette angelegt werden musste, ist sie jetzt schon für 8 und 10 Pf. zu haben. Diese Art von Überraschungen, welche die Friedensausichten bringen, kann man sich schon gefallen lassen.

Der Traum in Feindesland.

Roman von Justus Schoenthal.

Nachdruck verboten

Aber, erzählens, ich bitte ... der Schein spricht allezeit gegen mich ... Langweilen Sie mich nicht mit so törichten Verleumdungen! Der Schleier ist nun einmal gefallen. Reden Sie lieber von Ihrer Zukunft! Sie sehen, dass ich trotz meiner Beweise — er packte die Schriftstücke wieder sorgsam in die Brieftasche — Sie nicht habe verhaften lassen, sondern selbst gekommen bin. Das hat seine Gründe, Gründe schwerwiegender Natur, die Ihnen unbekannt sein werden.“

Langford nickte halb gedankenlos. Er war sehr unglücklich mit sich selbst. Damit hatte er ja gerechnet, dass er verhaftet würde, und auch für diesen Fall noch einen Plan in der Hand behalten. Aber einfacher wäre es doch wohl gewesen, sich nicht in so köplicher Weise überheben zu lassen. Als das Stichwort fehlte, war er kump und dumm aus der Rolle gefallen. Er musste noch einen Versuch wagen. War der Minister erst wandelnd in seiner Ansicht geworden, so fand er leichter Zeit, zur Ruhe zu rufen.

„Erzählens, darf ich mit einer Frage erlauben? Wer hat Ihnen diesen letzten Brief in die Hand, den ich dieses Wissens schon vor mehreren Tagen schrieb?“

zeige in Abschrift überliefert, brachte ich weitere Beweise: Holland hat Ihre wegen 48 Stunden lang keine Post erhalten, bis wir endlich einen Brief von Ihnen nach Rotterdam gefunden hatten ... Nun, und da hatte ich ja, wonach ich suchte.“

„Und Sie glauben im Ernst nicht an die Hinterlassenschaft des Walter Dross, glauben wirklich, dass diese Geldsummen nur Masse für militärische Geheimnisse sind?“

„Das glaube ich nicht, das weiß ich!“ sagte der Minister unbestimmt.

Langford trat an den Schreibtisch und zog eine Schublade.

„Und Erzählens werden nicht wandeln, wenn ich jetzt zu meiner Rechtfertigung das Schreiben des Anwalts vorlege, den ich mit Ermittlungen in dieser Nachlasssache beauftragte? Erzählens können sich ja augenblicks durch den Fernsprecher mit Attorney Burnham in Verbindung setzen.“

Der Minister fuhr zurück, als habe ihn ein giftiges Insekt berührt.

Burnham haben Sie in dieser Sache beauftragt, den berüchtigsten Anwalt von ganz London, einen Mann, der selbst in der mittleren und unteren bürgerlichen Gesellschaft unendlich ist? Das haben Sie sich sehr ausgedacht. Sie wissen sicher, dass ich bei diesem ählichen Herrn keine Erhebungen pflegen werde.“

„Mir ist der Mann empfohlen worden ... Aber wenn Erzählens ihn so unangenehm finden, was mir nach persönlicher Rücksprache mit dem Herrn nicht unbegreiflich erscheint, genügt vielleicht der Einblick in die's Schreiben.“

Er reichte dem Minister einen halboffenen Brief, der die Firma des Anwalts am Kopf trug. Der Minister las:

Herrn Hauptmann Langford, hier. — In der Nacht, als ich Walter Dross bestattete, ich Ihnen den mir amtlich erteilten Auftrag zwecks Anstellung von Nachforschungen. Vor Beginn meiner Nachforschung in dieser Angelegenheit erbat ich Einsegnung eines Rosenkranzes von 10 Pfund. In aufrichtiger Ergebenheit Burnham.“

Wortlos gab er den Brief zurück.

Langford fragte ägernd:

„Erzählens glauben mir nicht?“

„Ich glaube Ihrem vorhin abgelegten Geständnis und meinen Augen. Also, geben Sie sich weiter keine Mühe. Ich will ja anerkennen, dass Sie alles ausgeklübelt vorbereitet haben. Aber die beiden Briefe sprechen doch überzeugend gegen Sie, wenigstens in meinen Augen.“

„Also gut, Erzählens, nehmen wir einmal an, ich sei ein Deutscher, ein Spion. Dann wäre dies ein Zusammenstoß ohne amtlichen Charakter. Erzählens wären nicht mein Vorgesetzter, sondern für diesen Augenblick mein Gast. Darf ich Erzählens jetzt eine Zigarette anbieten oder einen kleinen Bitter, eine Erfrischung?“

Die dunklen Augen suchten nergelich in Langfords unbeweglichem Gesicht zu lesen.

Fortsetzung folgt.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

7. November. Im Gegenangriff werden über die Schelde vorgerückene Franzosen nordöstlich von Denderarde zurückgeworfen. Zwischen Schelde und Oise heftige Kämpfe des Feindes, denen die Unken standhalten. Auf dem Ostufer der Maas drängen die Amerikaner vor, wurden aber zum Stehen gebracht.

Deutscher Heeresbericht.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus. Großes Hauptquartier, 7. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Denderarde stehen Franzosen über die Schelde. Im Gegenangriff warfen wir sie zurück.

Zwischen Schelde und Oise suchte der Feind die planmäßige Fortführung unserer am 4. 11. eingeleiteten Bewegungen durch heftige Angriffe zu verhindern. Der Schwerpunkt ihrer Angriffe lag nordöstlich von Valenciennes südlich der nach Mons führenden Straße, bei Bavai und bei Aulnoye an der Sambre. In schweren wechselvollen Kämpfen hielten unsere Truppen dem feindlichen Ansturm stand.

Der Feind stand am Abend bei Quicorain, am Westrande von Bavai—östlich von Aulnoye—westlich von la Capelle. Zwischen der Oise und Aisne hat der Gegner die Linie Verbois—Rozoy erreicht. Beiderseits von Rethel hat er die Aisne überschritten und stand am Abend in Linie Wassigny—Rouvion Porcien und nördlich von Tourteron. Zwischen Aisne und Maas folgte er bei Verdun und Mouzon.

Auf dem Ostufer der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort.

Es gelang ihm, seinen Brückenkopf östlich von Dun zu erweitern. Wir brachten den Feind an den Wäldungen östlich von Murvaux und Fontaines zum Stehen. Östlich von Stenay hat die bewährte brandenburgische 228. Infanterie-Division ihre Stellungen voll behauptet.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

Der Gefangenenaustausch mit Frankreich.

Der Austausch der mehr als 18 Monate kriegsgefangenen deutschen und französischen Heeresangehörigen ist am 16. Oktober wieder aufgenommen worden. Zur Verhütung der Angehörigen, die die Rückkehr der übrigen mit begreiflicher Ungeduld erwarten, ist gesagt, daß der Austausch sich vollkommen regelmäßig vollzieht. In jeder Woche treffen zwei Bände mit rund 1500 deutschen kriegsgefangenen Unteroffizieren und Mannschaften in Deutschland ein. Von deutscher Seite geschieht selbstverständlich alles, um trotz der Grippe und der in den Kriegsverhältnissen begründeten Schwierigkeiten den ruhigen Ablauf des Austausches zu sichern. — Der nächste Offizierstransport wird etwa Mitte November in der Schweiz eintreffen.

Die Auffassung des Kaisers.

Wie aus Bundesrat-Blättern ersichtlich wird, hat sich der Kaiser hinsichtlich der Abkündigung der Entscheidung auf den Standpunkt gestellt, daß er mit Rücksicht auf die Ausbeziehung von Ruhe und Ordnung auf seinem Posten bleiben müsse.

Der Minister des Innern Dr. Dreyer hat dem Kaiser über die Schiedsmannschaft-Forderung nach Abkündigung des Kaisers Bericht erstattet. Bei seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier sagte Dr. Dreyer mit, daß seine Mission vollständig glücklich sei.

Die Lage in den Weststädten.

M. T. D. schreibt zu den Ereignissen, die sich in den letzten Tagen in Kiel, Hamburg und Lübeck abgespielt haben:

Aber die Lage in Kiel erfahren wir von ausländischer Seite folgendes: Der militärische Schutz der Dämer durch die Marine ist lückenlos hergestellt. Alle auslaufenden Kriegsschiffe führen die Kriegsfahne. Die Bewegung unter den Matrosen und Arbeitern ist ruhiger. Die Bahnen zurückgekehrt. Die Mannschaften der Garnison bemühen sich, Ordnungswidrigkeiten entgegenzutreten. Es erfolgt allmähliche allgemeine Abgabe der Waffen, Privatwaffen und Geschäfte bleiben ebenso wie Lazarette und Krankenhäuser unbehelligt. Die Banken sind fast alle in Betrieb. Die Verpflegung in den Kasernen und auf den Schiffen wird in der bisher gewohnten Weise durchgeführt. Die Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung ist noch nicht gefährdet. Die Betriebe sind noch im Ausstand. Die Bevölkerung ist ruhig. In Hamburg sind die Betriebe ausständig. Es ist zu Disziplinlosigkeit und gewalttätigen Übergriffen gekommen. Gleiches wird aus Lübeck gemeldet. Abgesehen von Ausschreitungen in einigen Werken ist Privateigentum nicht beschädigt oder angefaßt worden. Die Bevölkerung ist nicht gefährdet.

Berlin, 7. Nov. Der Oberbefehlshaber in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung: In gewissen Kreisen besteht die Ansicht, unter Wahrung gesetzlicher Bestimmungen Arbeiter- und Soldatenräte nach russischem Muster zu bilden. Derartige Einrichtungen stehen mit der bestehenden Staatsordnung in Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit. Ich verbiete auf Grund des § 48 des Gesetzes über den Belagerungszustand jede Bildung solcher Vereinigungen und die Teilnahme daran.

Nachrichten aus dem Reich.

Berlin, 7. Nov. Hier sind die fünf für heute abend angeordneten Versammlungen der Unabhängigen Sozialisten verboten worden. Das Thema sollte in allen Versammlungen lauten: Der Jahrestag der russischen Revolution. Die Stadt ist vollständig ruhig, an einzelnen Punkten sieht man Militärpatrouillen, der Leichter Bahnhof (Zugverkehr nach den Seefahrten) ist militärisch besetzt. Büge fahren weder ein noch aus.

Hamburg, 7. Nov. Nach Hamburg sind außer den Reichstagsabgeordneten Stolten (Soz.) und Blum (Fortschr. Volksp.) auch die Abgeordneten Stubbe (Soz.) und Schumann von der Generalkommission der Gewerkschaften abgefahren. Ihnen sollte heute früh Reichstagsabgeordneter Dr. Quast (Soz.) folgen, vielleicht mittels Flugzeug, um recht rasch an Ort und Stelle zu sein.

Schwerin, 7. Nov. Hier spielten sich ähnliche Vorgänge wie in Kiel, Lübeck, Hamburg, Cuxhaven und Lütke ab. Doch haben die Soldaten die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit Sorge getragen.

München, 7. Nov. An die Bevölkerung Bayerns richtete der Minister des Innern einen Aufruf, der zur Ruhe und zur Vermeidung innerer Unruhen mahnt.

Dresden, 7. Nov. Menschenansammlungen auf dem Altmarkt fanden hier wiederholt statt. Mehrere Militär- und Polizeipatrouillen blieben an der Menge. Die Soldaten behielten aber angebliche Mißstände, erklärten aber, ihre Pflicht zu tun zu wollen.

Der Staatsstreich in Polen.

Rücktritt des Regimentsrates.

Warschau, 6. November.

Mit dem St. in Krakau wurde gestern ein Direktorat der polnischen Volksrepublik gebildet, zu dem Vertreter der polnisch-sozialistischen und der Volksparteien des Königsreichs Polen und Galizien gehören sollen. Diese fünf gliedrige Institution hat die Aufgabe, baldmöglichst eine demokratische Nationalregierung ins Leben zu rufen. Die gesamte Warschauer Linke erklärte, daß sie sich dem Direktorat unterstelle.

Swar berichtet ein Telegramm aus anderer Quelle, daß die Nachricht verfrüht sei, doch wird auch hier bestätigt, was der Kernpunkt der ganzen Sache ist, daß das Ministerium zurückgetreten ist und daß der Regimentsrat ebenfalls zurückgetreten wird. Es soll ein neues Ministerium aus allen Parteien gebildet werden, dem die Durchführung des republikanischen Programms obliegen würde.

Die widersprechenden Nachrichten lassen nur mit Sicherheit erkennen, daß der Regimentsrat durch einen Staatsstreich ausgeschaltet worden ist. Sein Rücktritt ist — nachdem die Volksrepublik erklärt ist — selbstverständlich, da das Dreimännerkollegium ja nur Platzhalter für den König war. Die an die deutsche Regierung gerichtete Note des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Smigajewski, die bis zum 15. November Übergabe der gesamten Verwaltung an die polnische Regierung forderte, ist damit gegenstandslos geworden. Trotzdem fährt die deutsche Regierung damit fort, den Verwaltungsapparat allmählich in die Hände der Polen zu legen.

Streitpunkte unter den Verbündeten.

Aus den in der französischen Presse auszugswiese veröffentlichten Berichten über die Verhandlungen in Versailles geht hervor, daß zwischen den Vereinigten Staaten und den übrigen Verbündeten verschiedene Streitpunkte bestanden. Wilson forderte die allgemeine gleichmäßige Abrüstung, die der Verband nur für Deutschland gelten lassen will. Ferner wurde von amerikanischer Seite nachdrücklich darauf verwiesen, daß mit der Einstellung des U-Boot-Krieges auch die Hungerblockade Englands aufhören müsse, die Wilson für ungesetzlich halte. — Als von amerikanischer Seite auf die Lage der Verbündeten ohne die Hilfe Amerikas verwiesen wurde, meinten die italienischen Vertreter, daß Italien jetzt in der Lage sei, die amerikanische Hilfe zu erlangen. — Der Verband will sich offenbar der führenden Hand Wilsons entwinden.

Kriegsschadigung in Naturalien?

Nach der Londoner „Morning Post“ machen die Alliierten Deutschland den Vorwurf, es möge einen Teil der Kriegsschadigung in Naturalien entrichten. Die Kohlenbergwerke Westfalens und der Rheinprovinz sollen ihre Produkte nach Italien schicken. Eine militärische Besetzung feindlicher Gebiete soll die Ausfuhr der eingegangenen Verpflichtungen garantieren. — Im Verfolg dieses Gedankenanges schäben Entente-Sachverständige den Wert der deutschen Bergwerke auf 200 Milliarden Pfund Sterling (4000 Milliarden Mark). Sie sind der Ansicht, daß auf dieser Grundlage die Leistung von Entschädigungen durch Deutschland in jeder Höhe möglich sei.

Die Kolonialfrage.

Aus Pariser Blättern geht hervor, daß Wilson die englischen Anzessionsabsichten auf die deutschen Kolonien bekämpft. Es wird deshalb davon gesprochen, einen Teil der Kolonien Amerika zu überlassen, wofür sich Wilson bereit erklärte, die Annexion zuzustimmen. — Da solche Regelung der Kolonialfragen in striktem Gegensatz zu Wilsons Programm steht, ist kaum anzunehmen, daß die Entente ihre Absichten durchsetzt.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 7. Nov. Wie das Kriegsministerium mitteilt, sind Anordnungen getroffen, daß die Jahrgänge 1870/71, soweit sie nicht an Kampfhandlungen beteiligt sind, unverzüglich in die Heimat zurückgezogen werden.

Berlin, 7. Nov. Für die Verwertung der bei der Demobilisierung freizumachenden Heeres-, Marine- und sonstigen reichseigenen Güter wird ein Verwertungsamt errichtet.

Genf, 7. Nov. Prinz Borischtso von Japan ist von London kommend in Paris eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich u. a. Marquis Inoué, General Shiba und Admiral Dairi.

Lugano, 7. Nov. Die Italiener haben den Hafen von Antivari besetzt.

Amsterdam, 7. Nov. Nach einer Neukermeldung ist ein britisches Patrouillenschiff am 4. November infolge eines Zusammenstoßes gesunken. Keine Menschenverluste.

Washington, 7. Nov. Die amerikanischen Kriegskosten belaufen sich im Oktober auf 1764 840 000 Dollar, einschließlich Anleihen an die Verbündeten im Betrage von 289 100 000 Dollar. Die Gesamtkriegskosten werden auf 20 Milliarden 561 Millionen Dollar geschätzt.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

In der letzten Sitzung der Bremer Bürgerchaft wurde die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer in Bremen beschlossen. Angenommen wurde ferner ein Antrag auf Beschleunigung der Arbeiten der Verfassungsdeputation. Abgelehnt wurde das von sozialistischer Seite verlangte Frauenwahlrecht. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag auf gründliche Umgestaltung des Senatswahlrechts und Abschaffung der Bürgergebühren.

Die zweite bayerische Kammer beschäftigte sich auch Mittwoch mit der Parlamentarisierung in Bayern. In erster und zweiter Beratung wurde der Gesetzentwurf über Aufhebung des § 98 des bayerischen Landtagswahlgesetzes (wonach ein Abgeordneter seine Eigenschaft als solcher verliert, wenn er in den Staatsdienst tritt, in diesem ein höheres als sein bisheriges Amt erhält), in namentlicher Abstimmung mit 128 Stimmen einstimmig angenommen.

Aus Genf wird dem „Tag“ von seinem Korrespondenten gemeldet, in Paris, London und Washington müsse man der gegen die Bolschewiki-Regierung gerichteten Haltung Deutschlands, die mit den Tendenzen der Entente übereinstimme, große Bedeutung bei. Für möglich hält man es, daß die Entente und Deutschland eine Vereinbarung träfen, bei Wiederherstellung geordneter Zustände in Russland einander nicht zu hindern. Viel kommt auf Deutschlands Verhalten bei den unmittelbar bevorstehenden Operationen der Entente im Schwarzen Meere an.

Rusland.

Die Furcht der Balten vor dem Bolschewismus wächst mit jedem Tage mehr. Dem Oberbefehlshaber der in Russland liegenden 8. Armee ist vom Vereinigten Landerrat von Litauen, Estland, Lettland und Riga ein Schreiben ausgegangen, in welchem unter Hinweis auf die entsetzlichen Greuelthaten der Bolschewisten in den von den deutschen Truppen entblößten Gebieten um Schutz und um Aufhebung des Truppenabmarsches gebeten wird. Das Armeekommando wird gebeten, das Geschick in Berlin zu befehlen. — Der Vereinigte Landestat wird demnach eine Verfassung für das Baltikum ausarbeiten und die Bildung einer vorläufigen Landesregierung vornehmen.

Ukraine.

Die gesamte Presse in Kiew erklärte ihre volle Zustimmung zu dem Schritt der ukrainischen Regierung, das weitere Verbleiben der deutschen Truppen in der Ukraine zu sichern. „Nowa Rada“ schreibt, daß die deutschen Truppen auf Anforderung der ukrainischen Regierung nach der Ukraine gekommen sind, um daselbst so lange zu bleiben, als es die Regierung wünscht, und daß niemand in der Ukraine den Wunsch nach Abberufung begt. Nach Ansicht der „Kiewskaja Moskwa“ entspricht das Verbleiben der deutschen Truppen den Wünschen der ukrainischen Regierung und liegt im Interesse der breitesten Volkschichten. Das Blatt meldet gleichzeitig, daß der Schritt der ukrainischen Regierung im vollen Einklang mit den Vertretern Weißrusslands, Litauens, Lettlands und baltischen Gebieten erfolgt sei.

Spanien.

Nach übereinstimmenden Nachrichten steht Spanien vor einer ersten innerpolitischen Umwälzung. Nach englischen und französischen Quellen wird gemeldet, daß der Sturz der Regierung nur noch eine Frage von Tagen sei. Als einziger Ausweg für die Monarchie erscheint die Bildung eines ultrademokratischen Kabinetts, wahrscheinlich unter Romanones, das gleich bei Regierungsantritt wichtige Verfassungsänderungen beantragen werde. — Allem Anschein nach schürt England wieder einmal einen Konflikt, um in Spanien leichtes Spiel zu haben.

Polen.

Der Konflikt zwischen Regimentsrat und Ministerium ist zunächst zugunsten des ersteren entschieden worden. Infolge des Auftrages, den der Ministerialrat veröffentlicht hat und der zur Bildung einer nationalen Regierung die Vertreter der arbeitenden Klassen aufforderte, hat der Regimentsrat kurzerhand das Ministerium entlassen. Ob damit aber die Krise beendet ist, erscheint fraglich. Die Parteien der Linken befanden darauf, Polen als Volksrepublik auszurufen und ein Ministerium aus den Parteien der Linken zu bilden, das den Staat konstituieren soll.

Rußland.

In einer Note macht Tschitscherin den Verbündeten Friedensvorschlüge. Das Dokument, das den nemischen Konfulten überreicht wurde und an die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und der Vereinigten Staaten gerichtet ist, hat folgenden Wortlaut: „Die Wünsche folgend, den bewaffneten Konflikt zwischen den russischen Truppen und denen dieser Mächte ein Ende zu machen, schlägt die russische Regierung vor, Verhandlungen zwecks Beendigung dieses Konfliktes einzuleiten und demgemäß an, wann und wo die Vertreter beider Seiten zu diesem Zwecke zusammenzutreten könnten.“

Holland.

In der Zweiten holländischen Kammer teilte Kriegsminister mit, der militärische Oberbefehlshaber Hollands General Snijders sei zurückgetreten, nachdem der Minister ihm mitgeteilt hatte, daß er bei der Würdigung seiner vortrefflichen Eigenschaften als Soldat und als Offizier der Ansicht sei, daß General Snijders nicht insofern geeignet hat, den modernen militärischen Geist zu erfassen. Weiter gab der Kriegsminister bekannt, die Truppeneinheiten sollten aufgehoben, in Zukunft im Urlaub gewährt, keine neuen Geschäfte mehr angefertigt, der Teil der militärischen Vorräte an die Zivilbevölkerung abgegeben werden. Vom 15. November ab wird die allgemeine Prostration erhöht.

Irland.

Im englischen Unterhause legte eine irische Nationalist eine Motion vor, die für Irland kein Selbstbestimmungsrecht fordere. Irische Nationalisten hatten einen Antrag eingebracht, daß England vor Beginn der Friedensverhandlungen die irische Frage in Abstimmung mit den Grundsätzen Wilsons lösen solle. Donar Law bestritt die Ansicht, irische Frage könne der Friedenskonferenz vorgelegt werden. Hauptächlich legte Donar Law Nachdruck auf den Wunsch, daß irische andere Meinungen vertreten wie das von Irland. Der Antrag der Irren wurde schließlich mit 196 gegen 115 Stimmen abgelehnt.

Serbien.

Der in Genf mit drei Mitgliedern der serbischen Regierung eingetroffene serbische Ministerpräsident Pašić verurteilte die Presse dahin, die Regierung Serbiens erhebe scharfen Protest gegen die italienische Forderung Dalmatiens. Italien habe kein Recht, dort Souveränität zu erlangen.

Die serbischen Vertreter traten hier zu Konferenzen mit tschechisch-slowakischen und südslawischen Delegierten zusammen. Es handelt sich zunächst in diesen Konferenzen um einen Gebietsaustausch unter den Delegierten, die Vereinigung aller südslawischen Länder nach der Deklaration von Korfu vom 20. Juli 1907. Der Staat soll heißen: „Königreich der kroatischen, serbischen und slowenischen Serben“ und als höchste Autorität konstituierende Versammlung haben, die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgeht. Der König wird als Titel: König der Serben, Kroaten und Slowenen führen.

Ungarn.

Die Regierung wird demnach einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher weit über jenen hinausgeht, den der Justizminister Baksonyi unterbreitet und welcher durch Graf Tisza in Konformität mit dem Abgeordnetenrat abgeändert wurde. Der neue Entwurf soll das Wahlrecht allen jenen verleihen, welche das 24. Lebensjahr erreicht haben und sechs Monate an einem Orte anwesend gewesen sind.

Der Ackerbauminister Buzs beabsichtigt, die Befreiung in radikaler Weise zu lösen. Der Minister einen Gesetzentwurf einbringen, der die Abhängigkeit im Besitze des Staates, der Gemeinden, Kirchgemeinden und Finanzinstitute befindlichen Grundbesitzes, mindestens dessen größten Teil, ausgenommen die

